

Beilage zu Nummer 156 der Volksstimme.

Mittwoch den 7. Juli 1915.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 7. Juli 1915.

Zur „Schonung“ des Petroleums.

Kürzlich wurde im „Berl. Töhl.“ darauf hingewiesen, daß die drei großen Petroleumimportgesellschaften, nämlich die „Ole“ (Kongern der Deutschen Erdölgesellschaft), die Petroleumverkaufsgesellschaft (Deutsche Petroleum) und die Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft (Standard Oil Co.), sich der Regierung gegenüber verpflichtet haben, bis zum 1. September d. J. kein Petroleum an private Abnehmer zu verkaufen. Den Regierungstellen, die Petroleum benötigen, werden die erforderlichen Mengen zur Verfügung gestellt, und auch gewerbliche Betriebe, die ohne Petroleum nicht auskommen können, erhalten durch Vermittlung hierfür eingerichteter besonderer Stellen die von ihnen benötigten Quantitäten.

Hierzu bemerkt das „Berl. Töhl.“ noch: „Diese Regelung des Petroleumverkaufs, die schon in den letzten Wochen praktisch erprobt worden ist, begreift in erster Linie eine „Streckung der Petroleumvorräte“. Die vorhandenen Bestände und die eingeführten Mengen sollen im Sommer möglichst gespart werden, damit der viel dringendere Winterbedarf in ausreichender Weise sichergestellt wird. Danach ist also nicht etwa eine zunehmende Petroleumknappheit der Grund für die eingangs erwähnte Maßnahme gewesen, sondern vielmehr eine sorgfältige Vorsorge für die Zukunft. Die Zufuhren an Petroleum aus dem Auslande sind in letzter Zeit, wie wir hören, sogar noch Lage der Dinge ziemlich umfangreich gewesen, und es ist gelungen, bereits beträchtliche Mengen für den Winterbedarf sicherzustellen. Dabei handelt es sich vorläufig hauptsächlich um rumänisches Petroleum. Doch ist damit zu rechnen, daß in absehbarer Zeit trotz des starken österreichischen Eigenbedarfs auch galizisches Petroleum für Deutschland verfügbar sein wird.“

„Wie wir weiter hören,“ so schreibt das Blatt weiter, „wird durch die Verpflichtung der drei großen Importgesellschaften, vorläufig überhaupt kein Auslandspetroleum auf den Markt zu bringen, die von uns verschiedentlich erwähnte Höchstpreisverordnung für Petroleum keineswegs überflüssig gemacht oder hinausgeschoben. Sie wird bereits in einer der nächsten Sitzungen des Bundesrats zur Beschlussfassung vorgelegt werden und dürfte, da sie eine Halbierung der jetzt außerordentlich hochgekauften Kleinverkaufspreise vorsieht, bald zu einer Befriedigung des deutschen Petroleummarktes führen. Gerade die Tatsache, daß die Regierung mit dem Plan umgehen kann, Höchstpreise in ungefährer Höhe von 85 Pfennig für das Liter einzuführen, gegenüber den bisherigen Detailpreisen von 70 Pfennig und mehr, bietet den Beweis dafür, daß wir dank der im Sommer befolgten „Streckungspolitik“ im Winter wieder mit einigermaßen normalen Verhältnissen auf dem Petroleummarkt rechnen können.“

Die Gerichtsferien nehmen am 15. d. M. ihren Anfang. Für die Dauer derselben werden zwei Ferien-Richterkammern gebildet und ebenso viele Ferien-Strakammern. Während der Beurteilung des Landgerichtspräsidenten vom 15. Juli bis 7. August vertritt Landgerichtsdirektor Neigerl die Präsidialgeschäfte. Der Kammer für Handelsachen ist während der Beurteilung des ordentlichen Vorsitzenden Landgerichtsrat Dr. Hollenius vor. Der Untersuchungsrichter wird durch die Landgerichtsräte Penhard und Legendecker vertreten.

Das Radfahren innerhalb des Festungsbezirks Mainz. Der Gouverneur der Festung Mainz, Herr General von Büding, hat für den Festungsbezirk der Festung Mainz angeordnet, daß Raden, Boote und andere Wasserfahrzeuge von ihren Besitzern nur an solche Personen verliehen werden dürfen, die ihnen persönlich bekannt sind, oder sich über ihre Person durch eine von der Ortspolizeibehörde ausgestellte Bescheinigung ausreichen ausweisen können. Der Verleiher hat über die verliehenen Fahrzeuge eine Liste zu führen, in die vor Abgabe des Fahrzeuges Name, Stand und Wohnung des Entleiheren, sowie die Zeitdauer der beabsichtigten Fahrt einzutragen sind. Von Eintritt der Dunkelheit (spätestens eine Stunde nach Sonnenuntergang) ab bis zum Tagesanbruch (frühestens eine Stunde vor Sonnenaufgang) ist das Ausleihen von Fahrzeugen verboten. An Personen unter 14 Jahren dürfen Wasserfahrzeuge nicht ausgeliehen werden. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Wildschaden am Rhein.

Vingen, 6. Juli. (Die gestrige Stadtvorordnetenversammlung) beschäftigte sich in der ausgiebigen Weise mit der Frage der Behandlung der Wildschäden. Ein Vinger Weingutsbesitzer hatte eine Eingabe an die Stadt gerichtet, in der er dringend um den Abschluß der den Weinbau schädigenden Tiere, die sich auf dem Rodusberg, also in der Gemarkung befinden, ersuchte. Es handelt sich hierbei um eine Anzahl Rehe, die wegen des von Weinbergen einbegrenzten Waldbereichs allenthalben leicht aus dem Walde treten und in den Weinbergen Schaden anrichten können. Die Mehrzahl der Stadtvorordneten war der Ansicht, daß im Interesse des Weinbaues die Tiere so schnell wie möglich abgeschossen werden möchten, weil der durch sie angerichtete Schaden überaus groß sei. Eine Minderheit von waidgerechten Stadtvorordneten widersprach dieser Auffassung vom Wildschaden durch Rehe, verteilte vielmehr die Ansicht, daß der meiste Schaden von Kaninchen angerichtet werde. Ueberhaupt müsse der Wildschaden erst im Wirklichen und nachdem man wirklich feststellen sei, ermittelt werden. Die Stadt Vingen begab die Wildschäden sehr gut. Schließlich wurde beschlossen, die heftigste Regierung zu ersuchen, die Genehmigung für den Abschluß der auf dem Rodusberg vorhandenen Rehe während der Schonzeit zu erteilen. Diese Genehmigung soll für immer nachgefordert werden, d. h. man will darum bitten, daß der Abschluß vorhandener Rehe jederzeit erlaubt werden möge. Nachdem die Genehmigung erteilt ist, sollen die Jagdbücher ersucht werden, den Abschluß vorzunehmen, und zwar innerhalb vier Wochen. Nach dieser Zeit — und wenn der Abschluß bis dahin nicht erfolgt — soll eine Polizeijagd abgehalten werden. — Der Abschluß von vielen Raben, die sich an der Realschule oft aufhalten, wurde angeregt, doch wurde über diese Anregung kein Beschluß gefaßt.

Erbach a. Rh., 6. Juli. (Das Fest der silbernen Hochzeit) feierte dieser Tage unser Genosse Johann Gerdoll. Auch wir gratulieren!

Aus den umliegenden Kreisen.

Wahlkreis Höchst-Homburg-Mingen.

In den Auseinandersetzungen innerhalb unserer Partei hat der Kreisvorstand in seiner letzten Sitzung Stellung genommen und mit 5 gegen 2 Stimmen folgenden Beschluß gefaßt:

Der Vorstand des Wahlkreises Höchst-Homburg-Mingen verurteilt alle auf die Stärkung der Parteieinheit gerichteten Weisungen. Er erklart aber in der in letzter Zeit oft besprochenen Eingabe, die eine Anzahl Vertrauensleute der Partei und Gewerkschaften an den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion gelangen ließen, weder eine Sonderbündelung, noch eine gegen das Organisationsstatut verstoßende Bündelung. Der Vorstand ist der Ansicht, daß es ein gutes Recht der darum angegriffenen Parteigenossen ist, eine andere Meinung zu haben und diese zum Ausdruck zu bringen.

Auf das Schicksal weist der Kreisvorstand zurück, daß die Mehrheit in den Parteistellen und ihre Hintermänner jede andere Meinung über die seitlich von diesen Instanzen betriebene Politik, die sich auf durchaus legalem Wege Geltung zu verschaffen bestrebt ist, mit dem Vorwurf der Parteispaltung brandmarken will. Dieser Vorwurf paßt eher auf Tendenzen, wie sie keine, noch und andere ungehindert und ungetriggt propagierten können.

Der Kreisvorstand schließt sich den Bestrebungen an, die unsere Partei zu ihrer früheren Stellung zurückführen wollen, weil der ganze Verlauf der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung ihn in dieser Ansicht nur bestärken kann.

Für den Kreisvorstand: A. Walter.

+ Neuenhain, 6. Juli. (Die Versteigerung der Nirschenkreuzung) von den Bäumen an der Straße Neuenhain-Königsheim erbrachte dem Fiskus eine Einnahme von 820 Mark gegen 245 Mark im Vorjahre. Die Steigerer haben mehr Nachfrage als sie Ware liefern können und erhalten pro Pfund, je nach Qualität, 25 bis 40 Pfennig.

+ Althausen i. T., 6. Juli. (Die Schaf-Affäre) vom vorletzten Sonntag hat jetzt ihre Erledigung auf schiedlich-friedlichem Wege gefunden. Der Besitzer des Hundes, Wollfabrikant Mölger in Höchst, hat dem Eigentümer des gestohlenen Schafes 50 Mark gezahlt und sich mit den Eigentümern der übrigen gestohlenen Schafe abgefunden. Auf gleiche Weise schaffte ein Königsheimer Metzger, dessen Hund ebenfalls der Schafherde einen unheilbaren Pein abgestattet hatte, den Vorfall aus der Welt. Also bindet die Hunde in der Nähe einer Schafherde besser an.

Friedrichsdorf i. T., 6. Juli. (Entgeißt) Beim Rangieren entgleiste im Bahnhof eine Maschine und sperrte mehrere Stunden die Hauptgleise. Unfälle kamen nicht vor. Der Verkehr wurde durch Umfahrungen ausreicht erhalten.

Hannau, 7. Juli. (Wegen der Gefahr der Verschleppung ansteckender Krankheiten) dürfen, wie der Bürgermeister bekannt gibt, an Familien, in welchen derartige Krankheiten herrschen, Bücher aus der Stadtbibliothek nicht entleihen oder abgegeben werden. Gut die Entleihung gleichwohl stattgefunden, so dürfen die Bücher weder zurückgegeben, noch von dem Büchermant angenommen werden, es ist vielmehr für dieselben Ersatz zu leisten. Dringend wird angeraten, die Bücher zu vernichten, um die Übertragung der ansteckenden Krankheiten auf andere Familienmitglieder zu verhindern. — (Mit der Eingehung der Fernsprechtgebühren) wird in den nächsten Tagen begonnen werden. Die Postbehörde ersucht, die fälligen Beiträge bereit zu halten. Aus Mangel an Personal ist das Postamt nicht mehr in der Lage, den Versuch der Eingehung zu wiederholen. Beiträge, die bei der ersten Vorgehens der Leitung nicht entrichtet werden, müssen binnen 8 Tagen am Schalter I des Hauptpostamts bezahlt werden.

Hannau, 7. Juli. (Ausnahme der Bestände an Getreide und Ölen.) Nach der amtlichen Bekanntmachung des Landrats findet am 15. Juli eine allgemeine statistische Aufnahme der vorhandenen Bestände von Getreide und Ölen statt. Neben den Getreidemüllern, den Stettern und Ölen halt. Neben den Getreidemüllern, den Stettern und Ölen halt. Neben den Getreidemüllern, den Stettern und Ölen halt.

Hannau, 6. Juli. (Müftung, Parteimitglieder!) Am Donnerstag den 8. Juli, abends punkt 40 Uhr, findet im Saalbau eine wichtige Mitgliederversammlung statt, die sich mit dem Bericht der stattgefundenen Vertrauensmänner-Konferenz des Wahlkreises beschäftigt. In dieser Konferenz wurde Stellung über die Haltung der Fraktion zu den Kriegskrediten und zur Presse genommen. Der Bericht von der sehr interessanten Tagung und auch die gefaßten Beschlüsse sind sicher für die Hannauer Parteigenossen und Genosseninnen von sehr großem Interesse. Deshalb ersuchen wir dringend um recht zahlreichen Besuch. Zutritt ist nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches gestattet.

Schla, 6. Juli. (Tödlicher Unfall.) Der 30jährige Bauereiarbeiter Heinrich Vollmöller geriet während einer Fahrt zwischen seinen Wagen und einen Baumstamm und wurde zu Tode gequetscht. Er hinterläßt eine Witwe mit drei Kindern.

Aus Frankfurt a. M.

Ernteaussichten.

Der „Vorwärts“ schreibt:

„Durch die Tagespresse gehen gegenwärtig Betrachtungen über die Aussichten der diesjährigen Getreidernte, die sich über den Stand der Saaten in günstigem oder weniger günstigem Sinne äußern. Vor derartigen Berichten haben wir dringend warnen, da die Unterlagen, auf denen die Berichte aufgebaut sind, zu ungenügend sind, um die Ernteaussichten feststellen zu können. Wir sollten eigentlich aus den Erfahrungen, die wir mit der Ernte- und den Vorratsstatistiken des Jahres 1914/15 gemacht haben, gelernt haben, etwas vorsichtiger mit dem Aufstellen von Behauptungen vorzugehen und einzusehen, daß wir über diese für die Preisbildung und die Verproviantierung des Volkes so wichtigen Dinge noch recht wenig wissen, daß selbst die amtlichen Aufnahmen alles eher als einwandfrei sind.“

Das ist zwar alles schon vor dem Kriege gesagt worden, es ist während des Krieges auf diese Mangelhaftigkeit unseres Wissens hingewiesen und gewarnt worden, die bei den Ermittlungen sich ergebenden Resultate ernst zu nehmen, aber es hat alles nichts genutzt; man hat sich um eine derartige Aufklärung nicht gekümmert und steht nun Ueberraschungen gegenüber, die auf dem Kartoffelmarkt besonders mißlich sind. Nicht einmal die amtlichen Saatenberichte sind zureichend, und sie können nicht zureichend sein, wie die Erfahrungen in den Friedensjahren hinlänglich gezeigt haben. Es muß eine Aufgabe der kommenden Friedensjahre sein, die landwirtschaftliche Statistik zu verbessern und weiter auszubauen. Für die Kriegszeit wäre es aber immerhin sehr wünschenswert, wenn die amtlichen Saatenständeberichte, so irrig sie auch bis zu einem gewissen Grade sein mögen, nicht zurückgehalten, sondern bekanntgegeben würden. Sie böten für die Beurteilung der Ernteaussichten auch in ihrer Ungenügendheit noch immer eine bessere Grundlage als die gelegentlichen Beobachtungen von „Sachverständigen“, deren Gesichtskreis notwendigerweise ein kleiner sein muß.

Man bedenke, daß alle am Getreidemarkt Interessierten sich eine Vorstellung über die Ernteaussichten machen und machen müssen. Je besser und breiter die Wissensgrundlage ist, auf der diese Vorstellung aufgebaut werden kann, desto günstiger und zureichender wird die Preisbildung auf dem Getreide-, Mehl- und Brotmarkt beeinflusst, während im umgekehrten Falle den Preistreibern Tür und Tor geöffnet wird. Die falschen Einschätzungen der Ernteaussichten, die Vorräte, des Bedarfs und des Verbrauchs im Jahre 1914/15 waren der Boden, auf dem die Preistreiber ihren Nutzen suchten. Es ist einseitig, die Verloren, die dabei viel verdient und gewonnen haben, verantwortlich machen zu wollen. Sorgen wir lieber dafür, daß den Preistreibern der Boden, auf dem sie gedeihen können, soviel wie möglich entzogen wird. Dies kann einzig und allein dadurch geschehen, daß wir unter ganz ungenügendem Wissen über Verbrauch und Bedarf, Vorräte, Ernteaussichten und Saatenstand verbessern und das Dunkel aufhellen, das die Preisbildung stets und ständig zum Nachteil der Konsumenten beeinflusst hat.

Güten wir uns daher vor Prognosen, die auf Grund ganz vereinzelter Beobachtungen gewonnen sind, aber viel Unheil auf dem Warenmarkt anrichten können, da sie ganz unkritisch hingenommen werden und so über geäußert und propagiert werden, je mehr sie dem Interesse der Verkäuferischen entsprechen.“

Soweit der „Vorwärts“. Wir können nur Satz für Satz unterstreichen und unsere Leser besonders daran erinnern, welche Ueberraschungen sie nicht nur auf dem Kartoffelmarkt, sondern in der allgemeinen Lebensmittelversorgung erlebt haben. Wie in Frankfurt a. M. auf dem Lebensmittelmarkt gemindert wird, spottet gerade jeder Beschreibung. Wir fragen uns immer, ob der blödsinnige Magistrat wirklich keine Kenntnis von diesen Dingen hat. Sind die Herren denn immer noch nicht davon überzeugt, daß in Frankfurt a. M. eine große Kartoffelnot herrscht? Mögen sie doch einmal auf die Kartoffelläden achten. Ueberall heißt es, wir haben keine Kartoffeln. Und wenn das Gewerbe- und Verkehrsamt tatsächlich Publikationen erläßt, daß da und dort Kartoffeln zu den und dem Preis zu erhalten sind, so wird's dadurch noch lange nicht wahr. Die Verkaufsläden der Großhändler und des Konsumvereins werden nur so gesäumt, wenn einige Sad Kartoffeln abgeladen werden. Und dabei existiert noch nicht einmal ein einheitlicher Verkaufspreis. Für 10 Pfd. Kartoffeln werden 65, 66, 67 und 68 Pfg. abverlangt; andere Verkaufsstellen verlangen nach Gerechtigkeit (3 Pfd.) und berechnen dafür 20 Pfg., macht also 60 Pfg. für 10 Pfd. Wie kommt es, daß in der Stadt Bonn a. Rh. die besten Speisekartoffeln zu 2.50 Mark, in größeren Mengen sogar zu 2.25 Mark und 2 Mark verkauft werden? Auch Wiesbaden verkauft gute Speisekartoffeln zu 2 Mark den Zentner.

Und wie sieht es sonst auf dem Gemüsemarkt? Es mag zugegeben werden, daß die anhaltende Trockenheit das Wachstum des Frühgemüses beeinträchtigt. Aber ist es notwendig, das teure Gemüse in der Halle lieber verkaufen zu lassen, als es armen Leuten einige Pfennige billiger abzugeben. Tatsächlich konnten wir gestern in einer Halle sehen, wie ein armes Mütterchen einen Kauf von gelben Rüben für 20 Pfg. kaufte. Allerdings war das Kraut schon halbtrocken und sie mußte mühsam die noch gut erhaltenen Rüben aus dem Bündel herausheben. So geht es auch mit Kraut, Salat und anderen Gemüsesorten. Für 4 kleine Zwiebeln werden 20 Pfg. verlangt usw. Selbst die Händlerinnen geben zur Antwort, lieber ihre Ware verkaufen zu lassen, als für einen billigeren Preis herzugeben. Das ist einfach ein Skandal! Und von alledem merkt der Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. gar nichts! Wir fürchten, daß, wenn es so weiter geht, ein ruhiger Marktverkehr unmöglich wird.

Darum ist es richtig, daß wir uns künftig keiner Illusion über die kommende Ernte hingeben dürfen. Die gegenwärtigen Ernteeinschätzungen auf dem Lebensmittelmarkt zeigen immer den lücker den völligen Zusammenbruch der getroffenen wirtschaftlichen Maßnahmen durch Behörden und Regierung. Ob die Behörden aus diesem traurigen wirtschaftlichen Flausche die Lehre ziehen, um bei der sozialen Lage der nächsten Ernte-Verwertung nicht wieder die selben Fehler zu machen und ruhig zusehen, wie eine handvoll einflußreicher Spekulanter und Wucher das Volk schamlos ausbeuten, bleibt abzuwarten.

Zur Kartoffelversorgung acht uns kurz vor Redaktionschluß folgende Notiz zu: Das Gewerbe- und Verkehrsamt will es durchaus nicht gelten lassen, daß in Frankfurt a. M. eine Kartoffelnot herrscht. Wir meinen, daß es die Sachlage nicht richtig beurteilt. Denn wenn, wie immerfort betont wird, genügend Kartoffeln vorhanden sind, warum kommen sie denn nicht in genügenden Mengen zum Verkauf? Der Hinweis, daß außer dem städtischen Verkauf in der Markthalle I auch in den Verkaufsläden des Konsumvereins und den Firmen C. Sod. A. Roth, Karl Fröhling und Schade & Küllarabe Kartoffeln zum gleichen Preis (10 Pfd. 65 Pfg.) verkauft werden, ist sehr beachtenswert, es hat jedoch nur den einen Fehler, daß in diesen Verkaufsläden die meiste Zeit keine Kartoffeln zu bekommen sind. Wenn der Konsumverein und die übrigen Firmen genügend Kartoffeln hätten, so würden die Firmen gewiß

recht gern verkaufen und ihre Verkaufsstände mit genügenden Mengen versehen. Wenn die Stadt genug Kartoffeln hat, wie man aus der Mitteilung des Gewerbe- und Verkehrsamtes entnehmen muß, warum gibt sie denn nicht soviel ab, daß der augenblickliche Bedarf befriedigt werden kann? Man braucht sich nur eine Zeitlang beim städtischen Kartoffelverkauf in der Markthalle I aufzuhalten, um zu erfahren, in wieviel Läden die Leute nachgefragt haben, um Kartoffeln zu bekommen, doch meistens ohne Erfolg. Deshalb hält auch der Andrang in der Markthalle noch wie vor an.

Der Hinweis auf das Sinken des Preises für die Frühkartoffeln ist ein recht schwacher Trost, denn neue Kartoffeln kosten immer noch 18 Pfennig das Pfund. Wer natürlich mit den Pfennigen nicht zu rechnen braucht, der kann diesen Preis sehr gut bezahlen. Die minderbemittelten Familien jedoch, die unter der herrschenden Teuerung fast zusammenbrechen, müssen mit jedem Pfennig rechnen, sonst ist es ihnen überhaupt nicht möglich, sich über Wasser zu halten. Wer das nicht begreifen kann, der kennt eben die Verhältnisse in Arbeiterfamilien nicht. Nachdem die Kartoffeln in solch krasser Weise in Erscheinung getreten ist, wissen die meisten dieser Familien überhaupt nicht mehr, wie sie sich ernähren sollen, denn von Fleischnahrung kann bei ihnen bei diesen hohen Preisen keine Rede sein. Auch der Preis für das städtische Geflügel ist für die minderbemittelten Schichten viel zu hoch. Es wäre dringend zu wünschen, wenn der Preis für das gefrorene Schweinefleisch, das im allgemeinen sehr gut schmeckt, recht bald herabgesetzt würde. Insbesondere ist der Preis von 1,30 Mark für die Kopfsteile viel zu hoch und die Metzger, die das Fleisch verkaufen, haben große Schwierigkeiten, diese Stücke zum gleichen Preise abzusetzen. Bei der gegenwärtigen Teuerung und Notlage müssen durchgreifende Maßnahmen im Interesse der Bevölkerung ergriffen werden. Beruhigungsmittel können die Situation nicht ändern. Das sollte auch das Gewerbe- und Verkehrsamt einsehen.

Städtische Kriegskommission. Man schreibt uns: Der städtischen Kommission wurden in der gestrigen Sitzung der städtischen Kriegskommission weitere 20.000 Mark überwiesen, das Abonnement auf die deutsche Soldatenzeitung wurde erneuert zur Unterstützung dieses Unternehmens. Die Kosten für Geläute anlässlich von Siegesfeiern sollen für die Folge auf Kriegsfonds übernommen werden, ebenso diejenigen für die vom Bundesrat angeordnete Erhebung der Entlastungen. Es soll dem Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung empfohlen werden, Wettbewerbe zur Gewinnung von Entlastungen für bestimmte Zwecke von Malern und Bildhauern zu veranstalten und hierfür eine Summe von etwa 20.000 Mark in Aussicht zu nehmen. Dem Mitteldeutschen Arbeitsnachweisverband werden 1000 Mark als Zuschuß für die Befolgung einer Personalschein bewilligt, welche bei der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit mitwirkt.

Die Zahl der Feldpostsendungen ist, wie uns von der Kaiserl. Oberpostdirektion geschrieben wird, noch immer im Steigen begriffen. Nach einer am 24. Juni vorgenommenen Zählung sind an diesem Tage aus Deutschland 8,5 Millionen Feldpostbriefe, Sendungen nach dem Felde abgegangen. Davon waren 5,9 Millionen postfreie Briefe und Postkarten und 2,6 Millionen frankierte Feldpostbriefe und Feldpostpäckchen. Da nach einer Mitte Mai vorgenommenen Ermittlung im Felde selbst 5,8 Millionen Feldpostbriefe täglich abgeliefert werden, umfaßt der gesamte Feldpostbriefverkehr täglich 14,3 Millionen Sendungen. Von den in der Heimat aufgegebenen Feldpostbriefen müssen immer noch täglich gegen 35.000 Sendungen von den Postämtern in der Heimat zurückschicken werden, weil sie völlig unangebracht adressiert oder so schlecht verpackt sind, daß sie nicht ins Feld geschickt werden können. Das Publikum wird von neuem ersucht, der richtigen Adressierung und sachgemäßen Verpackung der Feldpostsendungen die größte Sorgfalt zuzuwenden.

Schülererfolg für Schule. Man schreibt uns: Ein zweidmähriger Erfolg für durchgefallene Schüler in dieser Zeit der Vederleerung findet sich in alten Zeiten der Antike und Römerzeit. Sie werden in der Größe der Schule ausgeschnitten und am Rande, der bei durchgefallenen Schülern immer erhalten ist, aufgenäht. Auch der alte Summi zeigt nicht durch die Riegel, da die Decken mit einer Stofflage versehen sind. Auch für Wäsche ist das Material geeignet. Zum Unterricht in der Herstellung der Schalen wird am Freitag von 10 bis 1 Uhr und von 3 bis 6 Uhr ein Herr im Bureau 4 der Kriegsfürsorge, Theaterplatz 14, amnestiert sein.

Entlastungenverteilung. Das Statistische Amt ersucht uns, die Inhaber von unbedeutendem Grundbesitz, welche Aufforderung zu einer Erklärung erhalten haben, darauf hinzuweisen, diese zur Vermeidung von Schwierigkeiten auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen umgehend zu erklären. Bekanntlich ist die Angelegenheit am 4. d. M. abgelaufen; indessen ist noch eine große Zahl Meldepflichtiger im Rückstand.

Die Heidebeeren. Wenn die überfüllten Wälder der Heidebeeren vor Wochen eine ausgezeichnete Ernte versprachen, so bringt der Ertrag gegenwärtig doch nicht den erwarteten reichen Segen. Die fengende Hitze der letzten Wochen hat die Beeren in der Entwicklung außerordentlich beeinträchtigt. Die Früchte sind durchweg klein geblieben, vielfach sind sie sogar runzlig, so daß das Einsammeln recht mühselig und wenig lohnend ist. Infolgedessen halten sich die Preise in ziemlich hoher Höhe und werden auch wohl kaum noch sinken. Von den Großhändlern werden übrigens vielfach in diesem Jahre die Ernten ganzer Waldgebiete aufgekauft und unverzüglich den Konsumfabriken zugeführt.

Das schlimmste Ungeheuer des Waldes. Als solches bezeichnet die Gemeindeverwaltung von Schwandheim a. M. die Menschen, die bei ihren sogenannten Spaziergängen durch den Wald keinen Zweig ungedröckelt, keinen Busch ungerührt und keine Blume ungeschädigt lassen und daneben noch vielen anderen Unfug treiben. Die Verwaltung fordert die richtigen Waldbesucher zum energischen Schutz gegen die Ausrottung dieses „Ungeheuers“ auf. Der ungeschminkte Aufruf dürfte auch an anderen Orten zur Nachahmung empfohlen werden.

Brand im Othafen. Heute früh gegen 3 1/2 Uhr brach in dem Briefträger der Firma Lejeune, Poststraße 110, anscheinend durch Selbstentzündung, Feuer aus. Die Feuerwache Burgstraße löschte den Brand in etwa zwei Stunden.

Einbrecher und — Einbrecherin. Gestern nachmittag wurden der 58jährige Schlosser Hans Helfrich aus Wiesbaden und die 40jährige Kuniginde Müller, geb. am 10. Juni 1883 in Dedendorf, bei einem Einbruchdiebstahl hier auf frischer Tat ertappt und festgenommen. Helfrich hatte einen scharf geladenen Revolver im Besitz und versuchte, auf das Dach des Hauses zu entkommen, was ihm aber nicht gelang. Ein Helfershelfer des Helfrich, mit dem er Einbrüche in Mannheim ausgeführt hat, ist in Mannheim vor einigen Tagen festgenommen worden. Dem Helfrich war es gelungen, in Mannheim zu entkommen.

Vereine und Versammlungen.

Wiesbaden. A. G. B. „Freundschaft“. Mittwoch pünktlich 9 Uhr Probe für Männer- und Frauenchor.

Wiesbaden. A. G. B. „Vorwärts“. Donnerstagabend 9 Uhr Versammlung.

Briefkasten der Redaktion.

G. W. Hi die Briefe monatlich gezahlt worden und liegt keine besondere Abmachung vor, so ist die Kündigung nur für den Schluss des Kalendermonats zulässig; sie hat spätestens am 15. des Monats zu erfolgen.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Georg Urfaut, Tagelöhner, Sachsenhausen-Ost
20 Jahre, gefallen am 12. Mai 1915.

Gustav Sepp, Packer, Bornheim
35 Jahre, gefallen im Krieg in Frankreich.

Karl Schaub, Eichenheim
31 Jahre, gefallen am 24. Mai in Russland.

Ferdinand Hamburger, Preungesheim
gefallen in Frankreich.

Karl Bill, Preungesheim
gefallen vor Vemberg.

Neues aus aller Welt.

Schmiergelder. Wegen fortgesetzter passiver Bestechung verhandelte am 2. Juli die Strafkammer Magdeburg infolge Strafantrags des Vereins gegen das Bestechungsunwesen, Stb. Berlin, gegen die bei einer Magdeburger Maschinenfabrik angestellten Meister Heinrich Diestelmeier und Otto Söfener. Nach der Anklage hatten die Meister von 1910 bis 1913 von einem bereits verurteilten Ladlieferanten der Maschinenfabrik fortgesetzt bedeutende Schmiergelder angenommen. Die Angeklagten waren im allgemeinen geständig, bestritten aber eine unlautere Belästigung gegenüber den Wettbewerbern des Ladlieferanten. Die Verarbeitung von Loden sei eine ganz besondere Sache, und sie hätten durch die notwendige Verbesserung der Lode gleichzeitig dem Lieferanten und der Maschinenfabrik genützt. Die Weiber seien „Anerkennungen“ für ihre Dienste. Das Gericht verurteilte indes die Angeklagten zu je 100 Mark Geldstrafe, hilfsweise zu je 20 Tagen Gefängnis und beschlagnahmte ferner 2200 Mark Schmiergelder, an deren Empfang die Angeklagten sich noch „erinnern“ konnten. Das Gericht begründete die milde Strafe damit, daß die Angeklagten bisher unbescholten seien und die Pflicht zur Auszahlung der Schmiergelder an den Staat sie schwer treffe. Uebrigens habe der auf den Geldern ruhende Ungelegenheit bereits um ihre guten Meister-Stellungen gebracht.

Aus der Partei.

Württembergisches.

Die Konstituierung des Kreisvereins für den 10. württembergischen Wahlkreis (Göppingen-Günzburg) hat am letzten Sonntag auf einer außerordentlichen Kreisversammlung in Rorch stattgefunden.

Eine am 21. März abgehaltene Kreisversammlung hatte unter Führung Crispins (Stuttgart) mit Mehrheit beschlossen, keine Beiträge mehr an die Landesorganisation zu zahlen. Alle Versuche des Parteivorstandes, den Kreisverband zur Erfüllung der statutarischen Pflichten zu bewegen, waren vergebens. Eine im Mai abgehaltene Vorstandskonferenz, auf der nur noch ein Teil der Ortsvereine vertreten war, beharrte mit Mehrheit auf dem Beschluß vom 21. März. Darauf stellte der Parteivorstand fest, daß die alte Kreisorganisation infolge verweigerter Beitragspflichten aus der Parteioorganisation Deutschlands ausgeschieden sei und wies dem Landesvorstand die Aufgabe zu, einen neuen Kreisverein ins Leben zu rufen. Diesem Zweck diene die außerordentliche Kreisversammlung vom letzten Sonntag, die der Landesvorstand einberufen hatte. Sie war von 46 Delegierten besucht, die 17 Ortsvereine vertraten. In der Aussprache über die bisherigen Vorgänge in der Kreisorganisation wurde das Verhalten der alten Kreisleitung scharf kritisiert. Der Verlust des Reichstagsmandats, das sich von 1903 bis 1906 im Besitz der Partei befand und 1912 leicht zurückzugewinnen war, und des Landtagsmandats für den Bezirk Göppingen, das zwölf Jahre der Partei gehörte, wurde als eine Folge der unglückseligen Agitationsmethoden bezeichnet. Statt anziehend habe die Arbeit der Partei abtöndend auf die arbeitende Bevölkerung gewirkt.

In einer einstimmig angenommenen Resolution wird die Haltung der bisherigen Kreisleitung bedauert und ausgesprochen, daß die Versammlung das Organisationsstatut anerkennt als Voraussetzung zur Ausübung von Mitgliedsrechten. Auch mit der politischen Haltung der „Freien Volkszeitung“ erklärte sich die Versammlung einverstanden. Ueber die Politik der Partei in Kriegszeit sprach Reichstagsabgeordneter Genosse Bloß. Einstimmig Annahme fand eine Resolution, die die Haltung der Reichstagsfraktion billigt, die Verständigung mit den sozialistischen Parteien des Auslandes wünscht und die Förderung der Opposition durch Genossen in verantwortlicher Stellung mißbilligt, weil hierdurch der Krieg in die Länge gezogen und die Organisation zerrüttet werde. Zum Vorsitzenden des neuen Kreisvereins wurde Genosse Schürmer (Göppingen) gewählt.

Eine Konferenz der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten in Thüringen

fand am Sonntag in Weimar statt. Sie beschäftigte sich mit den hohen Lebensmittelpreisen und den Kriegsunterstützungen der Gemeinden in den Thüringer Bundesstaaten. Aus acht Bundesstaaten waren die Abgeordneten vertreten.

In einer Resolution wurde zum Ausdruck gebracht, daß die seitens der Regierungen ergriffenen Maßnahmen in der Frage der Volksernährung während des Krieges wesentlich verlagert. Es wird eine Beschlagnahme aller Rohstoffmittel und Festsetzung von Preisen gefordert, die den Produktionskosten entsprechen. Weiter wird die Schaffung eines gemeinschaftlichen Wirtschaftsverbandes für die Thüringer Staaten gefordert, um dem wirren Durcheinander der bisher getroffenen kleinräumlichen Maßnahmen ein Ende zu bereiten. In einer Denkschrift an die Regierungen sollen weitere Vorschläge gemacht werden.

Bezüglich der Kriegsunterstützungen wurde festgestellt, daß in allen Thüringer Bundesstaaten die Gemeinden sich der

Verpflichtung entziehen, auskömmliche Zuschüsse zu der Reichsunterstützung an die bedürftigen Familien der Krieger zu zahlen. Es werden die Staatsverwaltungen aufgefordert, die lössigen Gemeinden zum sofortigen Eingreifen zu veranlassen, außerdem wurde betont, daß die Reichstagsfraktion ernste Anträge zur Beseitigung solcher Mißstände stellen müsse.

Telegramme.

Das Rätsel der Lusitania-Note.

Köln, 6. Juli. (D. D. P.) Die Köln. Zeitung bringt einen Bericht ihres Vertreters in Washington, wonach die Note, die Amerika in Sachen der „Lusitania“ an Deutschland sandte, gar nicht die Note ist, der Bryan seine Unterschrift verweigert hat.

Kämpfe im Kanal.

Amsterdam, 6. Juli. (D. D. P. Nichtamtlich.) Ein hiesiges Blatt meldet aus Terhelling: Ein Beobachter, der sich an Bord eines neutralen Schiffes am Sonntag morgen auf der Höhe von Terhelling befand, sah, wie ungefähr um 12 Uhr mittags sechs britische Kriegsschiffe, darunter vier Torpedoboote und zwei größere Fahrzeuge, in einer Reihe herankamen. Dreieinhalb Stunden später erschienen plötzlich vier Zeppelin-Luftschiffe, die nordöstlichen Kurs nahmen. Sie fuhren auf die britischen Schiffe zu, die sofort anhalten, im Blick zu fassen. Dann verschwanden die Zeppeline, unter ihnen L. 10, um nach zwei Stunden wieder zurückzukehren. Sie kreisten neuerdings über den britischen Fahrzeugen, die 5 1/2 Kilometer von dem Schiff des Beobachters entfernt waren. Zwei Luftschiffe verschwanden, nachdem Schiffe gefallen waren. Zwei andere blieben über dem Geschwader, das sich schnell verteilte. Es ließ sich nicht feststellen, ob die Zeppelin-Luftschiffe beschädigt und ob Bomben abgeworfen wurden. Berichte von Fischern aus Amulden besagen, daß am Sonntag früh nördlich von Terhelling eine Anzahl von britischen und deutschen Zerstörern und Torpedobooten gesehen wurde. Ein Fischer zählte 14 deutsche Torpedobooten. Ob ein Gefecht stattfand, konnte nicht beobachtet werden, doch hörte man Schießen. Andere Fischer geben ähnliche Schilderungen.

Amerikanische Arbeiter gegen die Munitionstransporte.

Genf, 6. Juli. (D. D. P.) Nach einer Newporter Meldung tritt die nordamerikanische Arbeiter-Assoziation am 20. Juli in Philadelphia zusammen, um zu dem Antrag von einem Drittel ihrer Mitglieder Stellung zu nehmen, der die Arbeitsverweigerung bei den Munitionstransporten nach Europa fordert.

Italienische Demonstration in New-York.

Stockholm, 6. Juli. (D. D. P.) Den Hafenarbeitern in New-York ist es jetzt verboten, sich am Kai der Hamburg-Amerika-Linie in South-Brooklyn anzusammeln. Dies war besonders die Gewohnheit der italienischen Arbeiter, die diese Gelegenheit zu Demonstrationen benutzten. Die Kapitäne der dort liegenden deutschen Fahrzeuge haben Drohbriefe erhalten, daß ihre Fahrzeuge eines schönen Tages in die Luft gesprengt werden würden. Die Folge ist, daß jetzt kein Fahrzeug mehr, nicht einmal solche, die neutrale Flagge führen und welche während einer Reihe von Jahren ihren Landungsplatz an diesem Kai hatten, dort löschen oder laden dürfen.

Die Arbeiterregistrierung in England.

London, 7. Juli. (D. D. P. Nichtamtlich.) Im Unterhause ist die Registrierungsbill mit 253 gegen 80 Stimmen angenommen worden.

Wiesbadener Theater.

Residenz-Theater.

Mittwoch, 7. Juli, 7 Uhr (zum erstenmal): „Die erste Geige“. Lustspiel in vier Akten von Gustav Wied.
Donnerstag, 8. Juli, 7 Uhr: „Der Revisor“.
Freitag, 9. Juli, 7 Uhr: „Die erste Geige“.
Samstag, 10. Juli, 7 Uhr: „Das Kind“.

Städtischer Fleischverkauf

in den Läden Römerberg 3 und Bleichstraße 29. Verkauf vormittags von 8-11 Uhr und nachmittags von 3-8 Uhr; Sonntags geschlossen.

Preise:

Schweinebraten mit Beilage	das Pfd. 1.40 M.
Schweinebraten, frisch und gefälscht, ohne Beilage	„ „ 1.40 „
Schweine-Rotelet.	„ „ 1.65 „
Schweine-Rantmstück, ohne Beilage	„ „ 1.70 „
Schweine-Schnitzel	„ „ 1.40 „
Speck zum Auslassen	„ „ 1.50 „
Reines ausgelassenes Schweinefett	„ „ 1.50 „

Wiesbaden, den 5. Juli 1915.

Der Magistrat.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme anlässlich des Hinscheidens meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, sowie für die zahlreichen Kranz- und Blumenspenden sprechen wir hierdurch unseren herzlichsten Dank aus. Insbesondere danken wir Herrn Pfarrer Hammrich für die trostreiche Grabrede, dem Männer-Gesangsverein für den erhabenen Grabgesang, dem Gemeindevorstand, der Gemeindevertretung, dem Fabrikarbeiter-Verband, dem sozialdemokratischen Wahlverein, seinen Mitarbeitern und Kollegen für das letzte Geleit.

Erbenheim, den 5. Juli 1915.

Frau Kath. Stautzenberger Wwe. und Kinder.